

Verteidigung

Grüne Basis nicht auf Fischer-Linie

Widerstand gegen Bundeswehr-Einsatz

An der grünen Basis regt sich Widerstand gegen den Kabinettsbeschluss zum Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror. Vor allem in Nordrhein-Westfalen und bei den in der unabhängigen Plattform "Basisgrün" organisierten Mitgliedern und Sympatisanten der Partei wird das Unbehagen über einen möglichen Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan immer stärker.



Resolution gegen deutsche Beteiligung

Im mitgliederstärksten Landesverband NRW wird offen ein "Nein" zur Entsendung deutscher Soldaten gefordert. Nach einem Bericht des Kölner "Express" haben die Kreisverbände Bonn und Münster eine Resolution gegen den Krieg in Afghanistan verfasst und wollen die ablehnenden Stimmen der Basis bündeln. Nach Angaben von Jens Kendzia, Sprecher der Bonner Grünen, hat sich die Hälfte der NRW-Kreisverbände der Resolution bereits angeschlossen. Die Düsseldorfer Grünen forderten die Bundestagsfraktion in einem Brief explizit auf, der Entsendung deutscher Soldaten nicht zuzustimmen.

Basisgrün: Angriffe der USA "menschenrechtsverachtend"

Die Mitglieder des grünen Netzwerkes "Basisgrün" forderten die Regierungsparteien einstimmig auf, die Unterstützung des Krieges in Afghanistan "sofort zu beenden". Die grünen Mitgliedern in Regierung und Bundestag sollten eine Politik vertreten, die "auf der Basis der pazifistischen Grundsätze ihrer Partei" beruht. "Basisgrün" verurteilt die fortgesetzte Bombardierung Afghanistans durch die USA als "menschenrechtsverachtend". Die Angriffe seien von zivilen Gesellschaften nicht zu verantworten.

Elf von sechzehn Landesverbänden gegen deutsche Beteiligung

Auch auf Landesebene wird der Widerstand gegen den Einsatz deutscher Soldaten offen ausgesprochen. Elf von 16 Landesverbänden sind gegen den Einsatz. Darunter sind die Berliner Grünen und die Bayern. Jerzy Montag, Sprecher der bayerischen Grünen sagte dem "Express": "Wir befürworten einen Militäreinsatz grundsätzlich. Aber er muss in ein erkennbares, zielgerichtetes, politisches Konzept eingebettet sein. Das ist aber nicht zu erkennen. Darum halten wir eine Entsendung in dieser Situation für verfehlt."

Forsa-Chef: Wähler der Grünen anderer Meinung

Hingegen würde nach Ansicht des Meinungsforschers Manfred Güllner eine Mehrheit der Grünen-Wähler die Zustimmung der Partei zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan akzeptieren. "Die Mehrheit der Wähler erwartet, dass die Grünen als eine Partei, die 'erwachsen' geworden ist, bereit sind, Verantwortung zu übernehmen", sagte der Chef des Meinungsforschungsinstituts "Forsa" dem "Express". Dies gelte vor allem für jüngere Wähler. "Wenn sie die Koalition platzen lassen, gehen die Grünen kaputt. Dann stehen sie auf bundespolitischer Ebene vor dem Aus."

jfi

<http://aktuelles.t-online.de/nach/inla/vert/ar/CP/ar-gruene-basis1108.html>